

Sprachkultur und Mehrsprachigkeit: Neuerscheinungen zur europäischen Sprachenpolitik (Teil 2)

Blickt man nach zwei Jahren auf das ‚Europäische Jahr der Sprachen‘ 2001 zurück, dann bleiben, aller sicherlich berechtigten Skepsis ungeachtet, doch eine Vielzahl im engeren Sinne sprachenspolitischer, aber auch wissenschaftlicher Projekte, Initiativen und Aktivitäten in Erinnerung, die in der einen oder anderen Weise für das Sprachlernen geworben und die Idee einer europäischen Mehrsprachigkeit propagiert haben. Dazu gehört auch die Ringvorlesung zum Thema ‚Sprachen und Sprachenpolitik in Europa‘, die im Sommersemester 2001 an der Ludwig-Maximilian-Universität München stattfand und die in dem folgenden Sammelband dokumentiert ist:

EHlich, KONRAD, SCHUBERT, VENANZ (HRSG.). (2002). *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen: Stauffenburg (= Stauffenburg Aktuell). ISBN 3-86057-894-4. 232 Seiten, € 17,50.

Wie bei Ringvorlesungen üblich gehen die einzelnen Vorträge in recht unterschiedlicher und die heterogenen Perspektiven der vertretenen Einzelwissenschaften, aber natürlich vor allem die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Wissenschaftler(innen) repräsentierender Weise an das Rahmenthema heran, so dass insgesamt ein vielschichtiges Dokument entsteht, das sprachhistorische, literaturwissenschaftliche, sprachpflegerische und eben auch im engeren Sinne sprachenspolitische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Gerhard Stickel, ehemaliger Direktor des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim, stellt in seinem Beitrag *Eigene und fremde Sprachen in einem vielsprachigen Europa* einander gegenüber und diskutiert, inwiefern die Bedingungen und Gegebenheiten der modernen Welt und insbesondere die zunehmende Bedeutung der inter-nationalen Verständigung sich auf den individuellen und kollektiven ‚Besitz‘ einer eigenen Sprache auswirken. Während er im Hinblick auf die sprachliche Beeinflussung durch das Internet zu Gelassenheit mahnt, sieht er die aktuelle Tendenz vor allem in den Wissenschaften, die ‚eigenen‘ Sprachen wie Deutsch, Französisch oder Italienisch zugunsten der internationalen Verkehrssprache Englisch aufzugeben, als bedenklich an. Hier bestehe die Gefahr, dass die eigenen Sprachen auf längere Sicht auch die Fähigkeit zu fachbezogener Kommunikation einbüßen. Stickel plädiert daher nachdrücklich für das europäische Konzept der Mehrsprachigkeit und insbesondere für die wechselseitige Anerkennung der jeweils ‚eigenen‘ Sprachen. Dies aber gehe einher mit der Bereitschaft, die eigenen Sprachen der anderen selbst als fremde Sprachen zu lernen: „Wer seine eigene Sprache erhalten will, muss auch andere Sprachen lernen“ (32). An dieser Stelle aber fragt man sich: Ist das wirklich alles? Bleibt uns angesichts der aktuellen Entwicklungen wirklich nichts als ebenso gut gemeinte wie wahrscheinlich wirkungslose moralische Appelle?

Auch **Konrad Ehlich**, Vorstand des Instituts für Deutsch als Fremdsprache/Transnationale Germanistik an der Universität München und Vorsitzender des Deutschen Germanistenverbands, kommt in seinem ansonsten außerordentlich interessanten und anregenden Beitrag *Europa der Sprachen – Mehrsprachigkeit oder Ein-sprachigkeit?* über derartige Appelle an unsere Bereitschaft zum Sprachenlernen nicht hinaus. Im Vergleich zur globalen Sprachensituation biete sich in Europa ein relativ homogenes Bild dar. Die etwa 60 autochthonen europäischen Sprachen werden zumindest zu einem großen Teil von großen Sprachgemeinschaften gesprochen, und sie leiten sich mit wenigen Ausnahmen wie dem Finnischen, Ungarischen oder Baskischen von einer gemeinsamen indoeuropäischen Wurzel ab. Hinzu kommt, dass das historische europäische Projekt ‚Nation‘ bei einer großen Zahl der europäischen Sprachen auch zur Schaffung überregionaler Standardvarietäten und damit zu einer inneren Homogenisierung der einzelnen Sprachen geführt habe – eine Entwicklung, die, wie das Beispiel Jugoslawien zeige, immer noch andauere.

-2-

Aus diesen Überlegungen ergeben sich nach Ehlich einige wichtige Konsequenzen für die sprachliche Zukunft Europas. Das vielfach vorgeschlagene Modell einer supranationalen europäischen Einheitssprache, die nach Lage der Dinge wohl nur Englisch sein könne, sei strukturell die einfache Übertragung des fragwürdigen und überholten Nationenkonzepts auf die europäische Ebene. Nicht an der Einheit, sondern an Differenz und Pluralität aber müsse sich eine zukünftige europäische Identität orientieren, und daher sei es auch nicht die nationale Ein-sprachigkeit, sondern die außerhalb Europas weit verbreitete und vielfach als normal geltende Mehrsprachigkeit, die das Modell für die sprachliche Zukunft Europas abgebe. Dies aber erfordere entsprechende sprachver-mittlungs- und insbesondere bildungspolitische Anstrengungen, um zumindest den derzeit zu beobachtenden Rückgang des Interesses an fremden Sprachen zum Stillstand zu bringen. Was nun die konkreten Fragen angeht, welche Maßnahmen zu ergreifen wären und wer im Einzelnen dafür zuständig und verantwortlich sein soll, darauf finden wir, leider, auch bei Ehlich keine klare Antwort.

Der Münchner Altphilologe **Oliver Primavesi** behandelt in seinem Beitrag *Fremdwörter griechisch-lateinischer Herkunft in diachronischer und in synchronischer Sicht* einen sehr speziellen Aspekt der europäischen

Sprachengeschichte, nämlich die an vielen Beispielen zu belegende Herkunft von Wörtern der europäischen Sprachen aus dem Altgriechischen und aus dem Lateinischen. Daraus leitet er nun allerdings nicht die Forderung ab, dass der Latein- und/oder Griechischunterricht über die humanistischen Gymnasien hinaus zu reaktivieren sei, sondern gerade im Gegenteil: Nicht der herkömmliche Unterricht in alten Sprachen, sondern ein speziell an den synchronischen Bedürfnissen der gegenwärtigen Umgangs- und Fachsprachen orientierter Unterricht in lateinisch-griechischer Terminologie sei geboten. Dies mag im Hinblick auf die Ausbildung von Philologen durchaus eine sinnvolle Forderung sein, wie sich von hier aus allerdings die Brücke zur europäischen Mehrsprachigkeit schlagen ließe, ist wohl so einfach nicht zu erklären.

Wenn es um Sprachenpolitik geht, dann darf offenbar auch das Thema ‚Anglizismen‘ nicht fehlen, und dieses Thema hat sich der Dortmunder Statistiker **Walter Krämer**, im Nebenberuf Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache, angenommen. Ohne allzu ausgiebig in den ohnehin bekannten Beispielen für die Allgegenwart englischer Wörter im Deutschen zu schwelgen, arbeitet Krämer zwei Gründe für die im Deutschen offenbar grassierende Illoyalität gegenüber der eigenen Sprache heraus. Den ersten sieht er in einem völlig unangemessenen Groß-sprechertum derjenigen, die ihre eigene Nichtigkeit hinter wichtig klingenden englischen Floskeln verbergen wollen, nach dem Motto: „wer nichts zu sagen hat, sagt es auf Englisch“ (89). Der zweite Grund sei historisch bedingt und habe – wen wundert’s? – mit der nach wie vor als problematisch empfundenen nationalen Identität der Deutschen zu tun. Deren Flucht aus der deutschen Sprache sei demnach vor allem eine Flucht aus ihrer „nationalen Haut als Deutsche“ (91). Das mag so sein, gleichwohl wüsste man gerne, was an der Verwendung von Wörtern englischen Ursprungs nun eigentlich so schlimm sein soll und ob wir tatsächlich, wie vielfach behauptet wird, die nachhaltige Beschädigung der deutschen Sprache (und ihrer Sprecher) befürchten müssen. Hier aber bleibt auch Krämer sehr im Ungefähren, außer einigen Zitaten von tatsächlichen oder vermeintlichen Autoritäten wie Dieter E. Zimmer, Joseph Weizenbaum oder sogar Heinrich von Kleist und Paracelsus und außer einigen wenig überzeugenden Mahnungen, dass der sprachliche Mischmasch womöglich auch einen Mischmasch im Denken produzieren könnte, hat er in dieser Frage wenig zu bieten.

-3-

Viel interessanter, gerade im Hinblick auf die oben erwähnte Problematik einer europäischen Mehrsprachigkeit, ist dann der Beitrag von **Friederike Klippel** über die deutsche und europäische Schulsprachenpolitik. Sie geht zunächst auf die zwei unterschiedlichen Traditionen des Fremdsprachenunterrichts ein, die sie unter die Begriffe ‚Kloster‘ bzw. ‚Marktplatz‘ fasst und stellt fest, dass der Fremdsprachenunterricht und damit auch die Schulsprachenpolitik sich heute vor allem an drei gesellschaftlichen Forderungen orientieren müsse: An der Rolle des Englischen als internationaler Verkehrssprache, an den vor allem aus beruflichen Gründen erforderlichen Kenntnissen weiterer Fremdsprachen sowie an der Notwendigkeit, im engeren Sinne sprachliche durch inter-kulturelle Handlungskompetenzen zu ergänzen. Diesen Anforderungen aber werde der Fremdsprachenunterricht insbesondere in Deutschland nicht gerecht, wie der Blick in einschlägige Statistiken und Umfrageergebnisse zeige. Das deutsche Schulwesen messe dem Fremdsprachenunterricht weniger Gewicht bei, als dies in anderen, insbesondere in kleineren Ländern wie Dänemark, Schweden oder den Niederlanden der Fall sei, und er führe auch nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Als geeignete Maßnahmen zur Abhilfe schlägt Klippel neben der ja in vielen Bundesländern bereits praktizierten Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts in die Grundschule und der verstärkten Nutzung alternativer Unterrichtskonzepte wie dem des bilingualen Sachfachunterrichts vor allem dreierlei vor:

- (1) ein stufenübergreifendes, aufeinander aufbauendes und vernetztes Sprachenkonzept für alle in Deutschland üblichen Schulformen, das außer einem frühen Beginn auch Elemente eines Sachunterrichts in der Fremdsprache sowie – zumindest für die Oberstufe – eine intensivere interkulturelle Kompetenzentwicklung vorsieht;
- (2) die sinnvolle Nutzung der Neuen Medien für den Fremdsprachenunterricht;
- (3) eine verbesserte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

So richtig zweifellos die wenig erfreuliche Diagnose Klippels ist, so diskussionswürdig sind doch auch die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zur Therapie. Dabei scheint mir zunächst das vorgeschlagene Sprachenkonzept, das auf eine in der Tat fundamentale Veränderung der derzeitigen Praxis hinausläuft, noch am wenigsten problematisch, wenn man einmal von der ungebrochenen Dominanz des Englischen absieht, die hier vorherrscht. Dass aber die Aus- und Fortbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und –lehrern wie die gesamte Lehrerausbildung in Deutschland im Argen liegt, weil sie sich viel zu wenig und viel zu spät an der Praxis des schulischen Unterrichts orientiert, ist nicht neu. Und auch dass der Erfolg des Fremdsprachenunterrichts wesentlich davon abhängt, wie gut die Lehrkräfte ihre Lernenden zu motivieren vermögen, hat man wohl schon mal gehört. Um so eher aber wäre es interessant gewesen zu erfahren, wie sich die Verfasserin die künftige und bessere Ausbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und –lehrern konkret vorstellt. Dazu aber schweigt sie sich aus. Auch ihre Ausführungen zur Rolle der Neuen Medien sind weder besonders originell noch besonders konkret. Dass man vom Computer als Lernmedium keine Wunderdinge

erwarten kann und erwarten sollte, hat sich wohl mittlerweile herumgesprochen. Was in Klippels Maßnahmenkatalog völlig fehlt, was aber nach meinem Eindruck doch unbedingt diskutiert werden müsste, ist der Unterricht selbst: Brauchen wir für einen wirkungsvollen Fremd-sprachenunterricht nicht völlig neue Konzepte, die – etwa im Sinne eines stärker vom Lernenden selbst gesteuerten und verantworteten Lernens – die Rolle der Lehrenden neu definieren, nämlich gerade nicht mehr im Sinne einer Wissens- und Könnensvermittlung, sondern im Sinne der Moderation und Anregung von Lernprozessen? Und müsste man nicht, wenn man schon über eine so grundlegende Veränderung des schulischen Fremdsprachenunterrichts nachdenkt, endlich auch so heilige Kühe wie die Aufteilung in ‚Fächer‘ und den unseligen 45-Minuten-Takt zur Disposition stellen? Und wo bleibt eigentlich der Aspekt der Mehrsprachigkeits-didaktik, der doch gerade im Zusammenhang mit der europäischen Sprachenpolitik in der letzten Zeit so intensiv diskutiert wird? Bei allem Verständnis für Klippels Zurückhaltung bei der Formulierung unrealistischer Wünsche wie etwa dem nach Erhöhung der Stundentafel für Fremdsprachen: Wer, wenn nicht wir Wissenschaftler und Theoretiker, soll denn dem Ausdruck verleihen, was – zunächst einmal unabhängig von den bekannten Sachzwängen – notwendig ist?

-4-

Unter dem Titel ‚*Chancen*‘, *kleiner*‘ *Nationalliteraturen* diskutiert **Annegret Heitmann** am Beispiel der nordischen Literaturen, wie Texte aus so genannten ‚kleinen‘ Nationalliteraturen außerhalb des eigenen sprachlichen Umfelds wahrgenommen werden. Dabei zeigen die wiederholten Anführungszeichen im Titel schon, dass sie die dort verwendeten Begriffe ‚Chancen‘, ‚klein‘ und ‚Nationalliteratur‘ als durchaus kritisch einschätzt, insbesondere ‚Chancen‘ erweise sich angesichts der zeitweise stark vereinnahmenden Rezeption nordischer Autoren in Deutschland als eine zwiespältige, wenn nicht fragwürdige Kategorie.

Der Romanist **Thomas Krefeld** zeigt an drei Beispielen, in welchem Maß die gegen Ende des 19. Jahrhundert entstandene wissenschaftliche Disziplin der Sprach- und Dialektgeographie gegen die damals schon überall bestehenden Migrationserfahrungen und damit sozusagen kontrafaktisch an einem an Bodenständigkeit und Einsprachigkeit orientierten ideologischen Raumkonzept festhielt. Demgegenüber plädiert Krefeld dafür, Raumkonstellationen künftig „nicht mehr ausschließlich als isolierte Dimension einer Einzelsprache“, sondern „als Produkte umfassenderer, u.U. mehrsprachiger, jedoch in jedem Fall dynamischer Kommunikationsräume“ zu modellieren (168).

Die von Annegret Heitmann angesprochene Problematik des Begriffs ‚Nationalliteratur‘ kommt auch in dem Beitrag von **Michael Fritsche** wieder zum Ausdruck, der auf die uralte Tradition der Sprachmischung in Texten der so genannten ‚maccaronischen‘ Poesie verweist, die im Einheitskonzept der Nationalliteraturen allenfalls eine Randexistenz geführt habe. An Beispielen vor allem aus dem südöstlichen Teil Europas veranschaulicht Fritsche mehrere Möglichkeiten solcher poetischer Sprachmischungen und verdeutlicht, in welchem Ausmaß Mehr-sprachigkeit auch in früheren Jahrhunderten bereits ihren adäquaten poetischen Ausdruck gefunden hat.

Rut Bernardi macht am Beispiel einer ‚kleinen‘ Sprache, dem Dolomitenladinischen, die Probleme erkennbar, an denen sich die Sprachen- bzw. Sprachpolitik in Europa offenbar immer noch abarbeitet. Gesprochen wird das Ladinische in den Tälern der Dolomiten im nördlichen Italien, es existiert in fünf unterschiedlichen Idiomen. Bernardi berichtet in ihrem Beitrag von den von politischer Seite unterstützten Versuchen, eine kodifizierte Schriftsprache mit der Bezeichnung ‚Ladin Dolomitan‘ zu schaffen; im Jahr 1994 wurde sogar ein eigenes Sprachplanungsprojekt eingerichtet, das diesem Zweck dienen soll, das aber, wie etwa eine Umfrage aus dem Jahr 1998 gezeigt hat, von den Bewohnern der ladinischsprachigen Gebiete eher beargwöhnt wird: Offenbar haben viele Angst davor, ihr eigenes Idiom durch eine künstlich geschaffene Standardvariante auf Dauer einzubüßen, und sie werden in ihrem Widerstand von politisch interessierter Seite auch unterstützt. Das Spannungsverhältnis zwischen sprachlicher Vielfalt und dem Zwang zur Standardisierung und Vereinheitlichung – hier haben wir im Kleinen, was auch im Großen und Ganzen die Sprachenpolitik des zusammenwachsenden Europa wesentlich bestimmt.

-5-

Und genau dieses Problem ist es, mit dem sich der ehemalige Verfassungsrichter **Paul Kirchhof** in seinem den Band abschließenden Beitrag *Nationalsprachen und Demokratie in Europa* beschäftigt. Die gemeinsame Staatssprache, so Kirchhof, sei eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren demokratisch-rechtsstaatlicher Verfassungen, wie sie in Deutschland und vielen anderen europäischen Staaten heute als selbstverständlich gelten. Dies mag aus der Sicht des Juristen richtig sein, gleichwohl stellen sich hier bereits eine Reihe von Fragen: Muss man demnach also annehmen, dass Staaten, wie die Schweiz oder Belgien, von außereuropäischen Ländern wie beispielsweise Südafrika oder Indien einmal ganz abgesehen, dass also mehr-sprachige Staaten von vornherein keine demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen und Traditionen ausbilden können, weil sie nicht über die nach Kirchhof notwendige Bedingung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nämlich die gemeinsame Nationalsprache, verfügen? Dass die Schweiz aller in der Tat

vorhandenen interkantonalen Verständigungsprobleme ungeachtet über eine bei weitem ältere demokratische Tradition als Deutschland verfügt, weiß sicher auch Kirchhof, wie aber kommt er dann zu einer solchen Behauptung? Und wie kann er behaupten, der Staat in Deutschland oder anderswo baue auf eine „vorgefundene, natürliche, deutsch-sprachige Gemeinsamkeit der in seinem Gebiet lebenden Menschen“ (S. 212), wo doch heute allgemein bekannt sein dürfte, dass derartige Gemeinsamkeiten eben nicht einfach vorgefunden, sondern aus politisch-ideologischen Gründen und nicht zuletzt auch mit Mitteln der Gewalt geschaffen und durchgesetzt wurden und werden? Will Kirchhof uns ernsthaft das historische, politisch und ideologisch höchst fragwürdige und im Zeitalter der Globalisierung auch abgewirtschaftete Modell des Nationalstaats als einzig denkbare politische Orientierungsgröße verkaufen, an dem sich auch das neu zu schaffende Europa zu messen habe? In diese Richtung jedenfalls geht seine weitere Argumentation: Wie die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einerseits über eine nationale Einheitssprache verfügen und andererseits auch Minderheitensprachen kennen, die es zu schützen und in ihrem Geltungsanspruch zu respektieren gelte, so müsse auch die Europäische Union zwar die sprachlichen Eigenarten der Mitgliedsländer festigen, zugleich aber auch eine europäische Einheitssprache ausbilden und als Zweitsprache verbreiten, eine Funktion, die nach Lage der Dinge nur von der englischen Sprache wahrgenommen werden könne: „Wenn sich sodann als diese gemeineuropäische Sprache gegenwärtig das Englische anbietet, ist damit zugleich die Brücke zum weltweiten sprachlichen Austausch in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geschlagen“ (220).

Tatsächlich mag es viele, vor allem pragmatische Gründe für die von Kirchhof formulierte Forderung nach einer europäischen Einheitssprache Englisch geben, und wahrscheinlich befinden wir uns auch längst auf dem Weg dahin. Aber gerade wenn es so ist, wird es Zeit, dass wir uns über die Konsequenzen klar werden, die diese Entwicklung mit sich bringen wird und von denen bei Kirchhof nicht die Rede ist. Die Durchsetzung des Englischen als alleinige europäische Verkehrssprache wird auf Kosten aller anderen europäischen Sprachen gehen, zuallererst auf Kosten des Französischen, das derzeit als Sprache der europäischen Administration ja noch eine herausragende Rolle spielt, aber auch auf Kosten des Deutschen, das vor allem in Mittel- und Osteuropa von vielen immer noch als Fremdsprache gelernt wird, auf Kosten des Spanischen, das derzeit auch in Europa einen gewissen Boom erlebt, von anderen Sprachen wie Italienisch oder gar Russisch oder Polnisch ganz zu schweigen. Ein solches Einheitseuropa, wie es Kirchhof und anderen offenbar vorschwebt und in dem auf allen Ebenen der internationalen Verständigung nur noch Englisch gesprochen würde, in dem eine Sprache wie Deutsch mit ihren fast 100 Millionen Muttersprachensprechern auf den Status einer Minderheitensprache reduziert wäre, dürfte bei seinen eigenen Bürgern auf noch weniger Gegenliebe stoßen als dies heute ohnehin schon der Fall ist. Insofern sollten wir den Beitrag von Kirchhof vielleicht vor allem als Appell verstehen, die Planung des Europa der Zukunft nicht den Juristen und Verwaltungsbeamten zu überlassen, denn was dabei herauskommt, kann man beim alltäglichen Kampf mit der sprichwörtlichen Eurokratie erleben, man kann es aber auch in sprachpolitischen Überlegungen wie dem von Paul Kirchhof nachlesen.

-6-

Hier schließt sich gewissermaßen der Kreis, denn vom Ende her lassen sich die den Band eröffnenden Beiträge von Stickel und Ehlich mit ihren Plädoyers für Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Antworten und Gegenwürfe zu dem von Kirchhof skizzierten Einheitseuropa lesen. Wie man allerdings von dem bei diesem Thema bisher immer noch vorherrschenden moralischen Diskurs wegkommen und die mittlerweile ja in großer Zahl vorliegenden Appelle in konkrete Politik und administrative Maßnahmen umsetzen kann, und welche realistischen Chancen für eine Durchsetzung von Mehrsprachigkeit in den europäischen und insbesondere den nationalen Bildungspolitiken bestehen – darüber erfahren wir auch in diesem Sammelband leider allzu wenig.

Die Realisierung der vielfach geforderten europäischen Mehrsprachigkeit wird nur gelingen, wenn die Bedeutung der ‚mittleren‘ europäischen Sprachen wie Französisch oder Deutsch und das Interesse am Erlernen dieser Sprachen als Fremdsprachen nachhaltig gestärkt und gefördert werden. Dass es damit zur Zeit nicht zum Besten steht, dass das Interesse am Deutschen etwa in Frankreich und umgekehrt das Interesse am Französischen in Deutschland massiv zurückgehen, ist allgemein bekannt. Sind wir also schon auf dem Weg in das sprachliche Einheitseuropa, in dem die grenzüberschreitende Kommunikation etwa zwischen Deutschen und Franzosen nur noch in einem pidginisierten Englisch möglich sein wird? Dass diese in der Tat verhängnisvolle Entwicklung nicht naturnotwendig ist, sondern nicht zuletzt durch sprachpolitische Versäumnisse insbesondere auf deutscher Seite mit verursacht wurde und durch ein Umsteuern der deutschen europabezogenen Sprachenpolitik auch aufgehalten werden kann: diese Auffassung hat der Fernsehjournalist Franz Stark schon in der Vergangenheit in mehreren einschlägigen Veröffentlichungen vertreten, und auch in seinem jüngsten Buch argumentiert er in diese Richtung:

STARK, FRANZ. (2002): *Deutsch in Europa. Geschichte seiner Stellung und Ausstrahlung*. St. Augustin: Asgard (= Sprachen und Sprachenlernen, Bd. 309). ISBN 3-537-83090-4. 231 Seiten, € 29,80.

Das Ziel des Buches, so **Stark**, bestehe darin, „für die Wertschätzung der europäischen Kultursprache Deutsch vor allem bei seinen [sic!] eigenen Sprechern zu werben“ (S. 7). Denn tatsächlich besteht ja eines der Probleme des Deutschen bei seiner Ausstrahlung nach außen in seiner vergleichsweise geringen Attraktivität nach innen. Die Loyalität vieler Deutschsprachiger ihrer eigenen Sprache gegenüber ist gering, was sich nicht zuletzt in der aktuellen Anglizismenwelle und der darin implizit zum Ausdruck kommenden, aber nur selten explizit ausgesprochenen Auffassung zu erkennen gibt, das Englische sei dem Deutschen in vielerlei Hinsicht überlegen. Dem hält Stark im ersten Teil seines Buches („Vom Wert des Sprachbewusstseins“) eine Vielzahl von Beispielen entgegen, die zeigen, dass das Englische keineswegs, wie vielfach angenommen, reicher und differenzierter sei als das Deutsche. So habe das Englische eine im Vergleich zum Deutschen hochkomplizierte Orthographie, und es habe bis heute keine alltagstauglichen Ausdrücke etwa für Krankheiten oder Körperteile ausgebildet. Diese und andere Beispiele machen in der Tat bewusst, in welchem hohem Maß das Prestige einer Sprache auf überkommenen und nur allzu selten auf ihre Stichhaltigkeit überprüften Klischees und Vorurteilen beruht.

-7-

Nach dem zumindest einige dieser Klischees über die angeblich ‚hässliche‘ oder ‚umständliche‘ deutsche Sprache als solche entlarvt sind, wendet sich Stark im zweiten und dritten Teil seines Buches der Aufgabe zu, positive Aspekte aufzulisten, die die Sprecher des Deutschen zur Verteidigung ihrer Sprache anführen können. Dabei greift er weit in die Geschichte zurück, stellt den Gang der sprachhistorischen Entwicklung des Deutschen von den Anfängen über das Alt- und Mittelhochdeutsche, die Luthersche Bibelübersetzung und den Rückschlag durch den Dreißigjährigen Krieg bis zur Rolle des Deutschen als Wissenschaftssprache im 19. und 20. Jahrhundert ausführlich dar und geht dabei auch auf die Sprachenpolitik des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945 ein. Dabei wird deutlich, dass das heutige Problem einer allzu defensiven und der Bedeutung des Deutschen nicht gerecht werdenden Sprachenpolitik keineswegs, wie man meinen könnte, in der schwierigen außenpolitischen Stellung der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 ihre Ursachen hat, sondern auf eine ähnlich defensive Politik des Heiligen Römischen Reiches seit dem 16. Jahrhundert zurückgeht. Während die aufstrebenden Nationalstaaten wie insbesondere Frankreich bereits im 17. Jahrhundert ganz selbstverständlich ihre Nationalsprachen als Vertrags- und Verhandlungssprachen durchsetzten, hielt man auf deutscher Seite lange Zeit am Lateinischen fest und verzichtete darauf, das Deutsche als internationale Sprache zu etablieren.

Im IV. und bei weitem umfangreichsten Teil zeigt Stark, dass das Deutsche einen erheblichen Anteil hatte an der kulturellen Entwicklung Europas. Dies zeige sich nicht zuletzt an den vielen aus dem Deutschen übernommenen Lehnwörtern und Lehnübersetzungen, die sich in allen europäischen Kultursprachen, vor allem aber in den Sprachen des östlichen Europa nachweisen lassen. Eine Vielzahl von Beispielen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen und aus so unterschiedlichen Sprachen wie Tschechisch, Polnisch, Lettisch, Estnisch, Ungarisch oder Russisch, aber eben auch aus dem Englischen, Französischen oder Schwedischen werden genannt, wobei Stark sich hier auf einschlägige sprachwissenschaftliche Forschungsergebnisse beruft; ob seine Befunde immer dem neusten Stand der Wissenschaft entsprechen, sei einmal dahingestellt, es tut im Hinblick auf die Kernaussage dieses Kapitels auch nicht viel zur Sache: Das Deutsche, so können wir diesem Kapitel entnehmen, war im Mittelalter und in der frühen Neuzeit eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste europäische Kultursprache, die ihre Spuren auf dem ganzen Kontinent und darüber hinaus hinterlassen hat.

Im V. und letzten Teil greift Stark seine Kritik am sprachpolitischen Versagen des Deutschen Reiches seit dem 17. Jahrhundert wieder auf und verlängert sie in die Gegenwart hinein. Obwohl das Beispiel der 1951 gegründeten Montanunion zeige, dass schon in den 50er Jahren eine die Interessen des Deutschen etwa gegenüber dem Französischen durchaus offensiv vertretende Politik möglich gewesen sei, habe die Bundesregierung insbesondere seit der Ära Brandt/Scheel auf eine solche Politik bewusst verzichtet und statt dessen etwa der Zurücksetzung des Deutschen als Arbeitssprache in der Europäischen (Wirtschafts-) Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union tatenlos zugesehen. Auch die Chance, die sich durch die Öffnung Mittel- und Osteuropas durch die dort bestehende Vormachtstellung des Deutschen eröffnet habe, habe man nicht wahrgenommen, im Gegenteil, auch hier habe man einer von Seiten Frankreichs und Großbritanniens betriebenen aggressiven Politik der Verdrängung des Deutschen tatenlos zugesehen. Erst der sprachpolitische Streit während der finnischen Ratspräsidentschaft 1999, als diese das Deutsche als Arbeitssprache bei informellen Ministertreffen nicht mehr zulassen wollte und die deutschsprachigen Länder sich dagegen erfolgreich zur Wehr setzten, markiere in dieser deutschen Tradition „vorausiegender Sprachanpassung“ (214) eine gewisse Zäsur.

-8-

Stark hat sicherlich Recht, wenn er die Zukunft des Deutschen als internationaler Sprache von einer „Schärfung des sprachpolitischen Bewusstseins“ (216) und einer veränderten, nämlich positiveren Einstellung der Deutschen zu ihrer Sprache abhängig macht. Hier bestehen zweifellos erhebliche Defizite, die

sich auch auf die Attraktivität des Deutschen nach außen und damit auch auf die Chancen des Deutschen als Fremdsprache negativ auswirken. Ob es aber ausreicht, zur Beseitigung dieser Defizite so ausgiebig und einseitig auf die ja zudem auch moralisch nicht immer ganz integre Geschichte des Deutschen als einer europäischen Kultursprache zu verweisen, darf doch bezweifelt werden. So wichtig das Historische auch sein mag, mit dem Hinweis auf eine vergangene Größe wird man heute schwerlich jemanden davon überzeugen können, dass es sich beim Deutschen um eine unter ökonomischen, politischen, kulturellen und nicht zuletzt auch unter ästhetischen Gesichtspunkten ‚bedeutende‘ Sprache handelt, die es nicht nur verdient, dass ihre muttersprachlichen Sprecher sich ihr gegen-über loyal verhalten, sondern auch, dass sie von vielen anderen als Fremdsprache gelernt und benutzt wird.

(wird fortgesetzt)

CLAUS ALTMAYER
(Universität des Saarlandes/Saarbrücken)

Copyright © 2004 *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht*

Sammelrezension von EHLICH, KONRAD, SCHUBERT, VENANZ. (HRSG.). (2002). *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen: Stauffenburg (= Stauffenburg Aktuell). ISBN 3-86057-894-4. 232 Seiten; und STARK, FRANZ. (2002). *Deutsch in Europa. Geschichte seiner Stellung und Ausstrahlung*. St. Augustin: Asgard (= Sprachen und Sprachenlernen, Bd. 309). ISBN 3-537-83090-4. 231 Seiten.
Rezensiert von Claus Altmayer. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* [Online], 9 (1), 8 pp.
Erhältlich unter: http://zif.spz.tu-darmstadt.de/jg09_1_4/beitrag/ehlichstark1.htm

[Zurück zur [Leitseite](#)]